

WMI

WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN

38

Ausgabe 19. September 2013

Inhalt

- 3 Stadtentwicklung:** Ein neues Handbuch soll dabei helfen, die Lebenswelten von Milieus der Stadtgesellschaft zu erfahren und ihr Kommunikationsverhalten zu verstehen.
- 4 Bayern:** Rund 9,4 Millionen Wahlberechtigte im Freistaat waren am 15. September 2013 dazu aufgerufen, das dortige Landesparlament zu wählen. Die Ergebnisse im Überblick.
- 4 Aktionsbündnis:** Auf seinem Verbandstag in Hildesheim hat der vdW Niedersachsen Bremen die Initiative „PARTNER IM QUARTIER“ ins Leben gerufen.

Deutscher Bauherrenpreis Modernisierung 2013 in Berlin verliehen

Berlin – Der wichtigste nationale Wohnungsbauwettbewerb – der Deutsche Bauherrenpreis 2013 – wurde in der Kategorie Modernisierung am 18. September 2013 in Berlin verliehen. Unter dem Vorsitz von Prof. Christiane Thalgott zeichnete die Jury 10 Projekte mit einem Preis aus, 10 weitere Projekte erhielten eine Besondere Anerkennung. Darüber hinaus wurde der Sonderpreis „Denkmalschutz im Wohnungsbau“ vergeben.



Die Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 wurde für die energetische Sanierung eines Wohnensembles mit dem Sonderpreis „Denkmalschutz im Wohnungsbau“ ausgezeichnet.

Mit seinem Leitbild „Hohe Qualität zu tragbaren Kosten“ steht der Deutsche Bauherrenpreis, den die Arbeitsgruppe KOOPERATION des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, des Bundes Deutscher Architekten (BDA) und des Deutschen Städtetages auslobt, wie kein anderer Wettbewerb dafür, dass nachhaltiges Bauen baukulturell vorbildlich, aber auch kostengünstig sein muss – und zwar betrachtet über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes. Eine besondere Herausforderung stellt diese Betrachtungsweise für denkmalgeschützte Wohnbauten dar, weshalb sich die Deutsche Stiftung Denkmalschutz ebenfalls am Wettbewerb beteiligte. „Wir gratulieren den ausgezeichneten Preisträgern ganz herzlich. Sie zeigen in beispielhafter Weise, wie die Modernisierung eines Gebäudes innovativ, baukulturell hervorragend ausgearbeitet und gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreich kann. Mit Blick auf das Ziel bezahlbarer Mieten wird künftig auch das preisgünstige Bauen und Modernisieren in Deutschland

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Ökonomen attackieren EEG

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verfehlt nach Ansicht von deutschen Wirtschaftsforschern das Ziel, den CO₂-Ausstoß von zu vermindern. Das zeigt laut einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 18. September 2013 ein aktuelles Abstimmungsergebnis des „Plenums der Ökonomen“. In Europa wird die Höchstmenge des erlaubten CO₂-Ausstoßes durch das Zertifikate-Handelssystem vorgegeben, vom EEG könne daher keine zusätzliche Reduktion des aggregierten CO₂-Ausstoßes ausgehen. (wi)

Vodafone übernimmt Kabel Deutschland

Dem Mobilfunkriesen Vodafone ist die Übernahme von Kabel Deutschland in Höhe von 11 Milliarden Euro gelungen. Insgesamt habe sich der britische Mobilfunkkonzern 76,5 Prozent an dem größten deutschen Kabelnetzbetreiber gesichert – und damit nur knapp die Mindestschwelle von 75 Prozent überschritten, berichtete die *Süddeutsche Zeitung* am 17. September 2013. (wi)

2016 fehlen 40.000 Pflegekräfte

Der Fachkräftemangel in der Pflegebranche wird nach einer aktuellen Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit in den kommenden Jahren akut. Bis Ende 2016 fehlen demzufolge knapp 19.000 examinierte Altenpflegefachkräfte und noch einmal so viele einfache Pflegehelfer in Deutschland, wie die *Rheinische Post* in ihrer Online-Ausgabe am 14. September 2013 berichtete. (wi)

↳ Fortsetzung von Seite 1

insgesamt stärker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken müssen“, erklärten anlässlich der Preisverleihung in Berlin Axel Gedaschko, Präsident des GdW, Michael Frielinghaus, Präsident des BDA und Dr. Ulrich Maly, Präsident des Deutschen Städtetages.

An wen gingen die 10 Preise?

Der Sonderpreis „Denkmalschutz im Wohnungsbau“ wurde an die Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 für die beispielhafte energetische Sanierung eines Wohnensembles in **Berlin-Wedding** vergeben, das in den 1950er Jahren in direkter Korrespondenz zur Welterbesiedlung Schillerpark von Bruno Taut errichtet wurde. Das Vorgehen des Architekten Hoffmann, die Architektursprache der Moderne sensibel aufzunehmen und mit dem Selbstbewusstsein der 1950er Aufbaujahre weiter zu entwickeln, wurde durch das Architekturbüro Brenne aufgegriffen und mit raffinierten Innovationen im energetischen Bereich verbunden.

Ausgezeichnet wurde ebenfalls das Projekt „Energetische Stadtreparatur mit ergänzendem Neubau“ in **Erfurts Altstadt**. Die CULT Bauen&Wohnen GmbH hat gemeinsam mit den BDA-Architekten Antje Osterwold und Matthias Schmidt und der Eigentümergemeinschaft der „Schottenhöfe“ gezeigt, wie ein ganzes Quartier im komplizierten Geflecht der vorhandenen Stadt so entwickelt werden kann, dass kleinteilige und vielfältige Wohnmilieus entstehen, bei denen Alt und Neu unspektakulär zusammenspielen, das Parkplatzproblem flächenschonend gelöst werden kann und energetisch vorbildliche Kennzahlen ohne Wärmedämmverpackung der Altbauten erreichbar sind.

In **Würzburg-Sanderau** ist es der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft „Stadt-bau“ mit der GKP Architekten GmbH am Ludwigkai gelungen, ein Quartier der 1950er Jahre durch sensible bauliche Interventionen mit angemessenem Aufwand in vier Ausbaustandards so zu erneuern, dass es für unterschiedliche Bewohnergruppen attraktiv geworden und bezahlbar geblieben ist. Und zwar in einer ausdrucksstarken zeitgenössischen Architektursprache mit einer nutzerfreundlichen Innenhofgestaltung. Altmietern konnten großenteils gehalten werden und in ihre Wohnung zurückziehen.

Ebenfalls preiswürdig war aus Sicht der Jury die energetische Sanierung eines Doppelhochhauses aus den 1960er Jahren an der Fasanenhofstraße in **Stuttgart**. Der Architekt Hans Martin Mader, Freier Architekt BDA entwickelte in umfangreichen Bera-

Preisträger und Besondere Anerkennungen des Deutschen Bauherrenpreises Modernisierung 2013/2014

Preise		
Einreicher	Bauherr(en)	Objekt
Sonderpreis „Denkmalschutz im Wohnungsbau“:		
Winfried Brenne Architekten	Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG	Sanierung Hoffmann-Bauten im Schillerpark
Knerer und Lang Architekten GmbH	Studentenwerk München, AöR	Sanierung studentisches Wohnhochhaus im olympischen Dorf
Osterwold Schmidt Architekten BDA	CULT Bauen & Wohnen GmbH	Die Schottenhöfe Wohnquartier aus Alt und Neu
Stadtbau Würzburg GmbH	Stadtbau Würzburg GmbH	Wohnen in allen Lebensphasen Ludwigkai 18-24, Rückertstr. 1-3a Sonnenstr. 25+27
GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH	GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH	Modernisierung, Aufstockung, Neubau, Modernisierung, Aufstockung, Neubau Zornedinger Str. 13-38
Ernst-Friedrich Krieger Architekt BDA	Bauverein AG Darmstadt	Studentenwohnen Rheinstr. 65
MOSAİK Architekten BDA	Planungsgemeinschaft Südstadtschule c/o PlanW GmbH	Baugruppe Südstadtschule
Dipl.-Ing. Hans Martin Mader	Wohnungseigentümergeinschaft Fasanenhofstr. 4-6	Energetische Sanierung Fasanenhofstr. 4-6
lattkearchitekten, Dipl.-Ing. Frank Lattke, Architekt BDA	Städtische Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Augsburg	Modernisierung und Erweiterung Grüntenstr. 30-36
kfs krause feyerabend sippel	SAGA GWG, SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	Weltquartier Hamburg-Wilhelmsburg
Anerkennungen		
Einreicher	Bauherr(en)	Objekt
Stadt und Land Wohnbauten-Gesellschaft GmbH	Stadt und Land Wohnbauten-Gesellschaft GmbH	Modernisierung Wohn- und Geschäftshaus, Berlin
ADS Architekten	Melchior Hess Wohn- und Gewerbebepark Filzfabrik Speyer GmbH & Co. KG	Umbau Fabrikgebäude zu Loftgebäude, Marxgärtenstr. Speyer
GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH	GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH	Geschosswohnungsbau 1958 Modernisierung und Ergänzung in Holz
Pfeiffer – Ellermann – Preckel Architekten und Stadtplaner BDA	Wohn+Stadtbau Münster GmbH	Umbau Dreifaltigkeitskirche
WGS – Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH	WGS – Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH	Modernisierung und Instandsetzung, Werner-Seelenbinder-Str. 4
wbg Nürnberg GmbH	wbg Nürnberg GmbH	Wohnsiedlung Mögelhof BA 1-6
GEWOFAG Wohnen GmbH	GEWOFAG Wohnen GmbH	Umbau und Modernisierung, Pertisastr. 7
Neues Magazin Opladen Henry Beierlorzer	Neues Magazin Opladen Henry Beierlorzer	Neues Magazin Opladen Vom Materiallager zum Lebensraum
Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH	Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH	Modernisierung und Instandsetzung, Franz-Mehring-Str. 25-28
Graetz Architekten Gesellschaft von Architekten mbH	Graetz Architekten Gesellschaft von Architekten mbH	Am Urban, energetische Sanierung und Neubau des ehem. Krankenhaus zu Wohnungen

tungsgesprächen ein Sanierungskonzept, das für alle 148 Eigentümer der Eigentümergemeinschaft finanzierbar war. Durch die komplette Überarbeitung der Fassade wurden günstige Energie- und Lärmschutzwerte erreicht, ohne den Charakter der Wohntürme als markante Landmarken zu beeinträchtigen.

In **München-Ramersdorf** hat die GWG Städtische Wohnungsgesellschaft gemeinsam mit Felix + Jonas Architekten BDA die Lücken zwischen lärmbelasteten Wohnzeilen der 1950er Jahre am Mittleren Ring

(Zornedinger Straße) so geschlossen, dass durch einen attraktiv gestalteten und gegliederten Gebäuderiegel ruhige grüne Höfe entstanden sind. Der Bestand wurde aufgestockt, durch den Anschluss an den Neubau barrierefrei und durch bodentiefe Fenster, große Balkone und nutzungs offene Grundrisse entscheidend aufgewertet. Die Jury hob hervor, dass die Bewohner vorbildlich in den Planungs- und Bauprozess einbezogen wurden und größtenteils in ihren Wohnungen verbleiben konnten.

Weiter auf Seite 3 ➡

➔ Fortsetzung von Seite 2

Ein weiterer Preis ging an die Baugruppe Südstadtschule (GbR), die in **Hannover**, Schlägerstraße mit MOSAIK Architekten BDA ein Schulgebäude aus den 1960er Jahren zum Wohnen umgestaltet hat. Aus den Klassenzimmern sind durch geschickte Überformung attraktive Wohnräume entstanden, die ehemalige Turnhalle wurde zu vier Reihenhäusern umgebaut. Das „Woh-



Foto: SAGA GWG

Das Weltquartier Hamburg-Wilhelmsburg der SAGA GWG

nen in der Gemeinschaft“ drückt sich im gemeinschaftlichen Innenhof und in Gemeinschaftsräumen aus, die allen Bewohnern zur Verfügung stehen. Eine öffentliche Kinder- und Jugendbibliothek wurde problemlos in das Ensemble integriert.

In **Augsburg-Hochzoll** haben die städtische WBG Wohnbaugesellschaft und larkarchitekten BDA eine Wohnanlage aus den 1950er Jahren im bewohnten Zustand modernisiert. Über die Sanierung der Bäder und der Haustechnik hinaus wurde mit Holztafelelementen eine neue Fassadenebene vorgefertigt und angebracht, die alle erforderlichen Elemente mit Fenstern, Wärmedämmung et cetera integriert. Dadurch konnten die Balkone zu Wintergärten erweitert werden. Ergänzt durch eine zen-

trale Pelletanlage ist ein hoch energieeffizientes Ensemble mit einer schadstoffarmen, einfach rückbaubaren Konstruktion entstanden.

Das kommunale Wohnungsunternehmen SAGA GWG wurde gemeinsam mit der Architektenpartnerschaft kfs krause fey-rabend sippel für die Modernisierung des „Weltquartiers“, eines interkulturellen Wohnquartiers aus den 1930er Jahren in **Hamburg-Wilhelmsburg**, ausgezeichnet. Die aus mehr als 30 Ländern kommenden Bewohner des stark sanierungsbedürftigen Hafenerwerkersviertels wurden zunächst nach ihren Wohnwünschen befragt, ehe ein Konzept entwickelt wurde, das dem historischen Erscheinungsbild der Backsteinfassaden auf der Straßenseite gerecht wird. Auf der Hofseite ermöglicht das „Wohnregal“ eine neue räumliche Schicht, großzügigere Grundrisse und Loggien.

Das vom Studentenwerk **München** sanierte studentische Wohnhochhaus gehört zum unter Ensembleschutz stehenden ehemaligen Olympischen Dorf. Entsprechend groß war die wirtschaftlich und logistische Herausforderung an den Bauherren und die Kerner und lang Architekten GmbH. Sie wurde gelöst durch eine neue Fassade, die trotz Wegfalls der Loggien den plastischen Gesamteindruck erhalten hat. Die Appartements konnten so vergrößert werden, neue Gemeinschaftsräume sind entstanden, die energetischen Parameter haben sich entscheidend verbessert.

Der Bauverein **Darmstadt** hat gemeinsam mit Ernst-Friedrich Krieger, Architekt BDA, an der Rheinstraße ein auf den ersten Blick sperriges typisches Verwaltungsgebäude von 1950 in Wohnungen unterschiedlich-

cher Größe für Studierende und wissenschaftliche Mitarbeiter verwandelt. Durch die Raumhöhen und großen Fenster wirken die verschiedenen zugeschnittenen Wohnungen großzügig wie sanierte Altbauten. Bemerkenswert fand die Jury, dass auch andere zukünftige Nutzungen denkbar sind und damit ein wirklich nachhaltiges Projekt entstand.

Aus Anlass der Preisverleihung ist eine Dokumentation mit einer Darstellung jener Projekte erschienen, die die zweite Stufe des Verfahrens erreicht haben. Sie wird in den nächsten Tagen auf www.gdw.de zum Download bereitstehen. Ferner werden die ausgezeichneten Projekte in einer Wanderausstellung präsentiert. Einzeldarstellungen der ausgezeichneten GdW-Unternehmen finden Sie in den nächsten Ausgaben der *wi*. (hung/burktschi) ■

➔ Videos zu den Preisträger-Projekten finden

Sie im Youtube-Kanal des GdW unter www.youtube.de/GdWBundesverband oder indem Sie diesen QR-Code mit Ihrem Smartphone einscannen:



Direktlinks zu Projektfotos finden Sie unter www.gdw.de/pressecenter oder unter diesem QR-Code:



Weitere Infos finden Sie auf der neuen Website www.deutscher-bauherrenpreis.de



BUCHTIPP

Handbuch zur praxisbezogenen Kommunikation mit den Milieus der Stadtgesellschaft erschienen

Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung hat ein neues Kommunikationshandbuch veröffentlicht, das helfen soll, die Lebenswelten von Milieus im Kontext von Stadtentwicklung zu erfahren und ihr Kommunikationsverhalten zu verstehen. Die Publikation ist anlässlich des 3. Städtenetzwerkkongresses im Juni 2013 in Berlin erschienen. Ein einfacher Blick auf den Status Quo lokaler Entscheidungsprozesse zeigt die Realität: Bestimmte Milieus sind dem Feld der Entscheidungen, der Stadt- und Quartiersentwicklung, der politischen

Kommunikation näher als andere. Das vhw-Kommunikationshandbuch zeigt auf, dass lebendige lokale Netzwerke zwischen den lokalen Milieus notwendig sind. Diese Netzwerke benötigen Analyse, Konzeption, Infrastruktur und Pflege. Das bedeutet den Bruch mit einer zumeist lebensweltlich verengten Dialogkultur. Im Kern geht es also darum, einen möglichst breiten Rahmen an Akteuren an der Entwicklung von Stadtquartieren teilhaben zu lassen. Das bedeutet, ein möglichst breites Panorama an Beteiligten zu erreichen – insbesondere mit Blick

auf diejenigen, die nicht zu den „üblichen Verdächtigen“ von Partizipationsprozessen zählen. „Laute“ und „leise“ Stimmen sollen gleichermaßen zu Wort kommen können. Es geht darum, mehr Dialog zu wagen. Das vhw-Handbuch soll dazu beitragen, eine solche Kommunikationskultur zu entwickeln. (nähschi) ■

➔ Weitere Infos zum vhw-Kommunikationshandbuch „Praxisbezogene Kommunikation mit den Milieus der Stadtgesellschaft“ (284 Seiten; ISBN: 978-3-87941-956-2) finden Sie auf www.vhw.de unter „Publikationen“

Landtagswahlen in Bayern

München – Am 15. September 2013 waren 9.405.974 Wahlberechtigte in Bayern aufgerufen, das dortige Landesparlament zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,9 Prozent.

Insgesamt werden dem 17. Bayerischen Landtag 180 Abgeordnete angehören. Das sind sieben weniger als bisher. Die im vorangegangenen 16. Bayerischen Landtag noch höhere Zahl an Abgeordneten war durch Übergangs- beziehungsweise Ausgleichsmandate zustande gekommen. (schi) ■

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis:

Partei	Stimmenanteil in %	Sitze
CSU	47,7 %	101
SPD	20,6 %	42
FREIE WÄHLER	9 %	19
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	8,6 %	18
FDP	3,3 %	-
DIE LINKE	2,1 %	-

Quelle: Landeswahlleiter des Freistaats Bayern

AUS DEN VERBÄNDEN

Verbandstag in Niedersachsen: vdw startet Aktionsbündnis „PARTNER IM QUARTIER“

Hildesheim – Ein rundum gelungener Verbandstag des Verbands der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen (vdw) in Hildesheim ist mit einer fröhlichen Feier auf Schloss Marienburg zu Ende gegangen. Zuvor hatten die rund 300 Teilnehmer am 3. und 4. September 2013 die aktuellsten wohnungswirtschaftlichen Themen diskutiert. Bei der öffentlichen Veranstaltung machte Verbandsdirektor Heiner Pott sehr deutlich, in welchen Bereich der vdw unter seiner Regie neue Akzente setzen wird: „Ich biete allen Beteiligten in den Quartieren, der Politik, der Verwaltung und den freien Wohlfahrtsverbänden an, mit der Wohnungswirtschaft in ein Aktionsbündnis ‚Partner im Quartier‘ einzutreten.“

Ohnehin stand der diesjährige Verbandstag ganz im Zeichen wohnungspolitischer Diskussionen. Kein Wunder, so kurz vor der Bundestagswahl. Verbandsdirektor **Heiner Pott** warnte die Politik davor, die Wohnungswirtschaft weiter zu belasten. So sei eine Vermögenssteuer Gift für das gute Investitionsklima. **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, nahm ebenfalls Maß und kritisierte die Bundespolitik unter anderem für ihre überzogenen Anforderungen in Bezug auf den energetischen Zustand des Wohngebäudebestandes. „Wer fordert, muss auch fördern. Das scheint aber bei der Regierung in Vergessenheit geraten zu sein.“

Der Niedersächsische Sozialstaatssekretär **Jörg Röhm** und sein Bremer Amtskollege, Staatsrat **Wolfgang Golasowski**, hoben die konstruktive Zusammenarbeit der Landesregierungen mit dem vdw und seinen Mitgliedsunternehmen hervor. Ein intensiveres Zusammenspiel auf Quartiers-ebene ist ihrer nach Meinung der richtige Ansatz, um die anstehenden Herausforderungen – sei es durch den demografischen Wandel oder durch den zunehmenden Klimaschutz – zu bewältigen. Festredner **Michael H. Spreng** warf mit seinem „Bericht aus Berlin“ ein Schlaglicht auf die Bundestagswahl und den Wahlkampf der Parteien. Pointiert fasste der Politikbeobachter die Positionen – oder auch Nicht-Positionen – von CDU bis Piraten zusammen. Sein Fazit: Die bisherige Koalition wird als Siegerin aus der Wahl hervorge-

hen und hätte diesen Erfolg praktisch ausschließlich der Bundeskanzlerin zu verdanken. Erste Alternative zu Schwarz-Gelb sei eine große Koalition. „In jedem Fall wird die Woche nach der Wahl spannender als die Wahl selbst“, fasste Spreng zusammen.

Das Aktionsbündnis „PARTNER IM QUARTIER“

Nach der erfolgreichen Initiative „Partnerschaft für Stadtentwicklung“, die der vdw Niedersachsen Bremen in den vergangenen Jahren gegenüber Politik und Verwaltung propagiert hat – und die in vielen Regionen des Verbandsgebietes zu nachhaltigen Ergebnissen geführt hat, richtet sich der Fokus des Verbandes und seiner Mitgliedsunternehmen nunmehr verstärkt auf das Leben in den Wohnquartieren. Dabei geht es nach Worten von Verbandsdirektor Heiner Pott „um die Entwicklung aller Lebensbereiche der Bewohner: Ob es um frühe Hilfen für Kleinstkinder und ihre Mütter geht, um Probleme in der Jugendhilfe, Sicherheitsfragen, Integration, Kindergärten, Schulversorgung, pflegerische und hausärztliche Versorgung, die Vereinsamung älterer Menschen – diese Probleme verdichten sich im Quartier wie unter einem Brennglas. Sie müssen dort gemanagt und gelöst werden.“

Beim Verbandstag in Hildesheim erläuterte der Verbandsdirektor seine Sichtweise: „Im Sinne einer präventiven Politik sind alle gefordert: die Wohnungsunternehmen, die Kommunen, das Land, der Bund und auch die freien Träger der Wohlfahrtspflege. Wir



Foto: vdw Niedersachsen Bremen

vdw-Verbandsdirektor Heiner Pott

brauchen dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen der kommunalen Planungs- und Liegenschaftspolitik, die eine ausbalancierte Stadtentwicklung gewährleistet. Wir brauchen ein langfristig angelegtes, ganzheitliches, systematisches Quartiersmanagement mit einer festen Struktur, einer klaren Rollenverteilung und einer abgestimmten Zielrichtung. Den Kommunen kommt dabei die zentrale Aufgabe zu, das Quartiersmanagement einzurichten und zu koordinieren. Die Wohnungsunternehmen werden eine aktive Rolle als Sozialpartner übernehmen. Notwendig ist, dass wir uns jetzt auf den Weg machen. Denn die konkreten Probleme werden oft spät erkannt. Deswegen ruft der vdw zu einem flächendeckenden Aktionsbündnis ‚PARTNER IM QUARTIER‘ auf. Auf die Wohnungswirtschaft kann man in diesem Aktionsbündnis zählen.“ (ens/schi) ■

➔ Weitere Infos zur auf www.vdw-online.de

„Wähler wohnen“ – Verbandstag der Wohnungswirtschaft in Sachsen-Anhalt im Zeichen der Bundestagswahl

Magdeburg – Vor dem Hintergrund der Bundestagswahl standen beim Verbandstag der beiden wohnungswirtschaftlichen Verbände in Sachsen-Anhalt am 11. und 12. September 2013 in Magdeburg die Themen Energie und Klimaschutz, Förderprogramme, Altschuldenanschlussregelung und die Auswirkungen des demografischen Wandels im Mittelpunkt der wohnungspolitischen Diskussion.

Insgesamt begrüßten die beiden Verbandsdirektoren **Jost Riecke** vom Verband der Wohnungswirtschaft Sachsen-Anhalt (VdW) und **Ronald Meißner** vom Verband der Wohnungsgenossenschaften Sachsen-Anhalt (VdWg) über 350 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, anderen Organisationen und ihren Mitgliedsunternehmen.



Foto: vdwvdwg
Gesprächsrunde zur Bundestagswahl

Dr. **Lutz Trümper**, Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, würdigte die positiven Aktivitäten der Wohnungsgesellschaft und Wohnungsgenossenschaften in seiner Stadt, die im letzten Jahr zur dynamischsten Stadt und in diesem Jahr zur mittlungsstandsfreundlichsten Stadt Deutschlands gekürt wurde. Interessant war auch der Hinweis auf den Zuzug in den Jahren 2009 bis 2012 von über 5.000 Bürgern.

Thomas Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr in Sachsen-Anhalt, ging in seinem Grußwort auf das aktuelle Thema Hochwasser 2013, die Notwendigkeit der Fortsetzung des Stadtumbaus einschließlich einer Altschuldenanschlussregelung und die Förderung der Europäischen Union (EU) ein. Er erklärte, dass die Kofinanzierung für 2014 im Haushaltsentwurf vollständig vorgesehen sei und die Unterstützung der Wohnungswirtschaft von Seiten des Landes fortgesetzt werde. Gleichzeitig bedankte er sich für das Engagement und die Leistungen der Wohnungsunternehmen Sachsen-Anhalts in den letzten 20 Jahren, warb darum, den barrierefreien Umbau voranzutreiben, eine Abwärtsspirale bei den Mieten zu verhindern, seitens

der Kommunen auf wettbewerbsfeindliche Gewinnabführungen zu verzichten – und er bestätigte nochmals, dass eine Mietenkappung für Sachsen-Anhalt kein Thema sei.

Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, formulierte die aktuellen Forderungen der Wohnungswirtschaft aus bundespolitischer Sicht. Er führte aus, dass insbesondere bei den Themen Stadtentwicklung sowie Energieversorgung eine ganzheitliche Betrachtung von Wohnquartieren notwendig sei und über neue Instrumente beim Stadtumbau nachgedacht werden müsse. Wichtig sei die staatliche Förderung, die aber auch ressortübergreifend gedacht und umgesetzt werden müsse.

Vor einer Gesprächsrunde zur Bundestagswahl 2013 mit Dr. **Christoph Bergner** (CDU), ehemaliger Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt und aktuell Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, den Bundestagsabgeordneten **Burkhard Lischka** (SPD) und

Roland Claus (DIE LINKE), dem Bundestagskandidaten **Sven Fricke** (FDP) sowie der Bundesgeschäftsführerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Steffi Lemke**, wurde der neue VdW/vdWg-Film gezeigt. Er war eine gute Einstimmung auf die in der Gesprächsrunde erörterten aktuellen Themen Städtebau- und Wohnungsbauförderung, altersgerechter Umbau, energetische Sanierung, Mietrecht, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Stellung der kommunalen Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften.

Der Gastvortrag von Journalist und Autor Dr. **Hajo Schumacher** umfasste eine interessante und zugleich unterhaltsame Darstellung des Verhältnisses zwischen Politik und Journalismus mit vielen wohlgesetzten Pointen. Die politischen Positionen der einladenden Verbände vertraten in der Eröffnungsrede Ronald Meißner (VdWg) und im Schlusswort Jost Riecke (VdW).

(paulschi) ■

➔ Die ausführlichen politischen Positionen zum Verbandstag von VdW und VdWg finden Sie auf www.vdwvdwg.de unter „Presse“

NRW-Wohnungswirtschaft: Geplantes Wohnaufsichtsgesetz ist ein erster Schritt

Düsseldorf – Der VdW Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen sieht in dem Entwurf der nordrhein-westfälischen Landesregierung über ein neues Wohnaufsichtsgesetz einen Schritt in die richtige Richtung. „Jetzt müssen die Kommunen aber auch wieder mehr Experten in der Wohnaufsicht einstellen“, erklärte VdW-Verbandsdirektor **Alexander Rychter**. „Ansonsten bleiben die verschärften Regeln gegen verwaarloste Immobilien ein zahnloser Tiger.“

Mit dem Entwurf setzt die Landesregierung zügig eine Empfehlung der Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ um, die Bund und Land Vorschläge zum Umgang mit Problemimmobilien gemacht hat. Laut dem Entwurf zum Wohnaufsichtsgesetz sollen

die Kommunen besser eingreifen können, wenn Wohnungen zu verwaarlosten drohen, sogar eine Unbewohnbarkeitserklärung soll im schärfsten Fall möglich sein. VdW-Verbandsdirektor **Alexander Rychter** hält den Entwurf für angemessen. „Wer Wohnungen zu ungepflegten Matratzenlagern verkommen lässt, muss gestoppt wer-

den können. Verwaarloste Gebäude können ganze Stadtviertel herunterziehen“, sagte er. Jetzt aber komme es darauf an, dass die Wohnaufsicht in den Kommunen auch personell gestärkt werde. In den vergangenen Jahren seien gerade in diesem Bereich sehr viele Stellen abgebaut worden.

(grölschi) ■

Ausreichend bezahlbarer Wohnraum in Thüringen – Debatte um Mietpreisbremse kontraproduktiv

Erfurt – Die Mieten in Thüringen liegen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Jeder zweite Thüringer wohnt im Vergleich etwa zu westdeutschen Städten in Ballungsräumen extrem preiswert. Dies geht aus der aktuellen Mietenübersicht des Verbandes Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (vtw.) hervor, in der die durchschnittlichen Nettokaltmieten der wichtigsten Städte im Freistaat erfasst werden.

„Bis auf wenige, besonders nachgefragte Quartiere gibt es überall in Thüringen ausreichend erschwinglichen Wohnraum für Jedermann“, sagte Vorstand Jürgen Elfrich. Er wandte sich gegen Berichte über eine angebliche Wohnungsnot sowie Wuchermieten in Thüringen. Nach der aktuellen vtw.-Mietenlandschaft zahlen Thüringer im Schnitt 4,60 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete. In kreisfreien Städten liegt der Durchschnitt bei den Unternehmen des vtw bei 4,75 Euro pro Quadratmeter, in ländlichen Kreisen bei 4,45 Euro pro Quadratmeter.

Insgesamt könne also in keiner Weise von einer Wohnungsnot oder von unsozialen Mieten gesprochen werden, fasste Jürgen Elfrich, Vorstand des vtw. zusammen. Aus diesem Grunde habe eine von der Politik in Zeiten des Wahlkampfes diskutierte Mietpreisbremse in keiner Richtung Sinn. Ein solcher Populismus verhindere langfristig gesehen Investitionen, so Elfrich. Der Verband warnte zugleich vor einer Verschleierung der wahren Probleme des Wohnungsmarktes. Diese ließen sich unter den Kostentreibern Energiepreise, dem gesetzlichen Zwang zur energetischen Sanierung, überzogenen Preisen für Bauland, steigenden Baupreisen durch stetig steigende energetische Anforderungen sowie den

Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zusammenfassen. So verteuerten die in einer noch verschärften Energieeinsparverordnung vorgesehenen steigenden energetischen Anforderungen einen Neubau um rund 90 Euro pro Quadratmeter bei bereits jetzt schon entstehenden durchschnittlichen Baukosten von 2.300 Euro pro Quadratmeter.

Allein die Verbraucherpreise für Gas, Heizöl und andere Haushaltsenergie sind laut Verband seit dem Jahr 2000 um mehr als 117 Prozent gestiegen. Demgegenüber wuchsen die Nettokaltmieten bundesweit seit dem Jahr 2000 nur um 16 Prozent. Dieser Anstieg sei geringer als die Inflationsrate, die um 22 Prozent zulegen. Mit einer Erhöhung der Nettokaltmieten um 1,7 Prozent im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr lag der Mietanstieg in Thüringen bei den Mitgliedsunternehmen des vtw. – wie in den Jahren davor – unter der Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten. Die Steigerungen bei der Miete sind aus Sicht des Verbandes auf höhere Mieten bei Neuvermietung durch eine entsprechende bauliche Herrichtung und Verbesserung des Standards der Wohnungen sowie die Umlage von Modernisierungskosten, insbesondere nach energetischer Sanierung, zurückzuführen.

„Mieterhöhungen im Bestand erfolgen mit Augenmaß entweder nach Mietspiegel oder unter Heranziehung von Vergleichswohnungen dort, wo Mieten seit vielen Jahren deutlich unter dem allgemeinen Niveau der Mieten und den Kosten für die Bewirtschaftung liegen“, stellte Jürgen Elfrich dazu fest. „Gleiches ist der Fall, wenn ein Gebäude Wohnungen aufweist, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und Mieten bezogen wurden, aber den gleichen Modernisierungszustand vorweisen. Die Neuvermietungspreise liegen bei unseren Unternehmen im Rahmen des Mietspiegels und den bisherigen gesetzlichen Regelungen. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen halten wir für ausreichend.“

Allein der Zwang zur Umstellung auf die erneuerbaren Energien koste die Wohnungsbranche „Millionensummen“. Nehme man alles zusammen, dann wären allein aus betriebswirtschaftlichen Gründen wirklich Mieterhöhungen bis zu einem Drittel zwingend notwendig. „Wenn die Unternehmen in ihren Möglichkeiten beschnitten werden, die Investitionen zu refinanzieren, besteht die Gefahr, dass keine bedarfsgerechte Entwicklung der Wohnquartiere mehr erfolgen kann“, so Elfrich.

(daulschi) ■

➔ Weitere Infos auf www.vtw.de

AUSBILDUNG

Der Countdown läuft: Jetzt zum B. A.-Studium „Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung“ anmelden

Für alle Abiturienten, die Spaß an Zahlen haben und einen abwechslungsreichen Beruf mit einem breiten Spektrum an spannenden Aufgaben und Aufstiegsmöglichkeiten suchen, ist eine Karriere als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater genau das Richtige. Den perfekten Einstieg und die fundierte Ausbildung dazu bietet die Studiengruppe „Wirtschafts-

prüfung und Steuerberatung“ im Bachelor-Studiengang „Business Administration“, der ab Herbst 2013 wieder an der EBZ Business School in Bochum startet. Die Prüfungsorganisationen im GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen stellen wieder Studienplätze zur Verfügung. Studieren und gleichzeitig Berufserfahrung sammeln: Die ausgewählten Studenten erlernen immobilienwirtschaftliches Know-how an der privaten Fachhochschule EBZ und arbeiten neben den Vorlesungen als „Werkstudenten“ vor Ort in den Prüfungsverbänden und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Dadurch erler-

nen sie das Prüfungshandwerk als „training on the job“ direkt beim Mandanten.

Die späteren Tätigkeitsfelder sind selbstverständlich nicht nur auf Prüfungsverbände und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften beschränkt: Auch Tätigkeiten im Rechnungswesen von Wohnungsunternehmen sind mit dieser Ausbildung perfekt möglich. Kennen Sie interessierte Abiturienten oder möchten Sie sich selbst bewerben? Dann schicken Sie Ihre Bewerbung an: bewerbung@gdw.de

➔ Weitere Infos zum Studiengang finden Sie unter www.pruefungsverbaende.de



Einhaltung der Hausordnung

7. Oktober 2013, Erfurt

Streitigkeiten der Mieter untereinander, zweifelhafte Gerüche im Treppenhaus und Lärm-belästigungen – das kann zur Realität in Wohnhäusern gehören. Nehmen diese Probleme überhand, gibt es Leerstand zu beklagen oder der Vermieter muss mit Mietminderungen rechnen. Für den Vermieter stellt sich die Frage: Was tun? Um die Antworten auf diese Frage dreht sich dieses Seminar.

Weitere Infos: MFA, Isabell Földner, Telefon: 0361/34010224, E-Mail: isabell.fueldner@vtw.de, Internet: www.vtw.de/mfa

Zusammenarbeit mit Wohngeldstellen und Behörden

9. Oktober 2013, Bochum

Gute Kooperation mit Behörden und anderen öffentlich finanzierten Einrichtungen kann sich für Wohnungsunternehmen erheblich lohnen: Sie führt unter bestimmten Voraussetzungen dazu, Mietschulden zu verhindern oder abzubauen, Konflikte zwischen Mietern zu schlichten und Kostenübernahmen für Renovierungen und Schäden zu erreichen. Die Teilnehmer dieses Seminars werden in die Denk- und Funktionsweise von Behörden und unterschiedliche Dringlichkeitsstufen in der Kooperation eingeführt. So können Folgekosten sozialer Probleme für Wohnungsunternehmen deutlich gesenkt werden.

Weitere Infos: EBZ, Bettina Mannel, Telefon: 0234/9447510, E-Mail: b.mannel@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

Knigge im Büro für Auszubildende

14. Oktober 2013, Berlin

Dieses Seminar dreht sich um gute und zeitgemäße Umgangsformen und die angemessene äußere Erscheinung. Die Teilnehmer lernen, wie man Small Talk mit Vorgesetzten, Kollegen und Kunden beherrscht, wie Teamarbeit funktioniert und wie man Kritik sachlich annehmen und angemessen äußern kann.

Weitere Infos: BBA, Kathrin Rosenmüller, Telefon: 030/23085535, E-Mail: kathrin.rosenmueller@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de/kalender

PERSÖNLICHES

Achim Wegeleben, Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Erkner mbH, feierte am 16. September 2013 seinen 65. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW Verbandstag.

Am 17. September 2013 vollendete **Lutz Basse**, Vorstandsvorsitzender der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg, sein 65. Lebensjahr. Er ist Mitglied in der

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Wohnungsunternehmen sowie Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Großer Wohnungsunternehmen im GdW Verbandsrat.

Jens Häbler, Geschäftsführer der Wohnungs- und Baugesellschaft mbH Bernau, feierte am 18. September 2013 seinen 55. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW Verbandstag.

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 17.09.2013 für wohnungswirtschaftliche Finanzierungen

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
■ 15 Jahre	2,95%	2,99% p.a.
■ 10 Jahre	2,57%	2,60% p.a.
■ 5 Jahre	2,03%	2,05% p.a.

Bedingungen:
Erststellige Grundschuld auf wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder Bearbeitungsgebühren

Dr. Klein-EnergieEffizienzDarlehen*: für Neubau ab ca. **2,62%** p.a. / für Modernisierung ab ca. **1,30%** p.a.
(* Vergleichszinssatz eines Annuitätendarlehens mit gleicher Laufzeit und Zahlungsströmen. Stand: 17.09.2013)

Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de
Archiv Zinsentwicklung unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html

Zinsentwicklung bis 17.09.2013
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

← 6 Monate →

IMPRESSUM

WI Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:
110 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten
oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

wi Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der Fußzeile unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden und Produkte starten“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Unter „meine Online Produkte starten“ – oben rechts unterhalb der Anmelde-Funktion – erscheint dann die wi. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse durch. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in der Übersicht.

GdW Arbeitshilfe 71 „Wohnungsunternehmen als Energieerzeuger“ erschienen



Vermieter kümmern sich innerhalb des Mietrechts darum, wie Gebäude beheizt werden und wie das warme Wasser erzeugt wird. Erfolgt die Wärmeerzeugung im Gebäude über Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – zum Beispiel über ein Blockheizkraftwerk (BHKW) – so wird zeitgleich mit der Wärme auch Strom erzeugt. Warum soll sich ein Vermieter also nicht auch um die Stromversorgung des Gebäudes kümmern? Durch die Liberalisierung des Strommarktes ab 1998 ist dezentrale Stromerzeugung durch Wohnungsunternehmen möglich

geworden. Durch weitere Regelungen, zum Beispiel im KWK-Gesetz (KWKG) seit 2009, wurden die Möglichkeiten verbessert, selbsterzeugten Strom auch an Mieter zu liefern. Die GdW-Arbeitshilfe 71 soll Wohnungsunternehmen, die Strom selbst erzeugen wollen, Hilfe im Dschungel der damit verbundenen technischen, steuerlichen, bilanziellen, rechtlichen und organisatorischen Fragen geben. Sie stellt insbesondere für die Wohnungswirtschaft wesentliche Punkte aus dem Energiewirtschaftsrecht (EnWG), dem KWKG, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem Steuerrecht zusammen. (vogllschi) ■

➔ Die Arbeitshilfe können Sie zum Preis von 35 Euro per E-Mail an bestellung@gdw.de anfordern. Für GdW-Wohnungsunternehmen steht die Arbeitshilfe im GdW-Extranet kostenfrei zur Verfügung.

Recht so

Falschantwort in Mieterselbstauskunft

Mit Beschluss vom 7. März 2013 (Az.: 6 C 272/13) hat das Amtsgericht Kaufbeuren entschieden, dass die Frage des Vermieters an einen Mietbewerber in einer Mieterselbstauskunft nach einer Kündigung des vorangegangenen Mietverhältnisses zulässig ist. Die unrichtige Beantwortung dieser Frage durch den Mietbewerber berechtigt dabei den Vermieter zur Anfechtung der auf Abschluss des Mietvertrages abgegebenen Willenserklärung. Der Vermieter ist zur fristlosen Kündigung des bereits abgeschlossenen Mietvertrages berechtigt. Im zu beurteilenden Sachverhalt hat der Mietbewerber auf die Frage, ob das derzeitige Mietverhältnis gekündigt wurde, unzutreffend mit „Nein“ geantwortet. Der Vermieter hat den sodann abgeschlossenen Mietvertrag angefochten und fristlos gekündigt. ■

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Das Amtsgericht Kaufbeuren hat zunächst die Frage des Vermieters, ob das derzeitige Mietverhältnis des Mietbewerbers gekündigt worden ist, als zulässig erachtet. Mit gutem Grund. Denn das Mietverhältnis ist als Dauerschuldverhältnis ausgestaltet. Insofern möchte man natürlich schon wissen, mit wem man es – hier bezogen auf das Mietverhältnis – auf der anderen Seite des Vertrags zu tun hat. Dabei kommt es nicht nur auf die Bonität des Mieters an, sondern auch darauf, ob es mit dem Mieter im Rahmen des vorherigen Mietverhältnisses Schwierigkeiten gegeben hat. Ohne das Recht, dies in Erfahrung zu bringen, wäre die Vertragsfreiheit des Vermieters – also die freie Entscheidung darüber, mit wem ein Vertrag abgeschlossen wird – eingeschränkt.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

GdW kooperiert mit Deutscher Kautionskasse

Der GdW hat mit der Deutschen Kautionskasse AG eine Rahmenvereinbarung auf dem Gebiet der Mietkautionsversicherung geschlossen. Mit ihrem Produkt Moneyfix® bietet die Deutsche Kautionskasse Mietern eine bargeldlose Alternative zur herkömmlichen Mietkaution. Der Mieter spart sich zusätzliche Belastungen beim Umzug und behält sein Kautionsgeld zur freien Verfügung. Die Mietkautionsversicherung hat zudem keine Mindestlaufzeit. Sie kann jederzeit zurückgegeben werden und wird auf den Tag genau abgerechnet. Für den Vermieter reduziert sich der Verwaltungsaufwand, ohne dass er auf Sicherheiten verzichten muss. Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung werden den Mietern von Mitgliedsunternehmen der Regionalverbände des GdW Sonderkonditionen als Mieter-vorteil gewährt. (oldlschi) ■

➔ Weitere Infos sowie die GdW-Sonderkonditionen finden Sie unter www.gdw.kautionskasse.de

ZAHL DER WOCHE

630

Millionen Euro zahlten Hartz-IV-Haushalte in 2012 für laufende Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) „aus eigener Tasche“. Dies ergab eine Auswertung der Statistiken der Bundesagentur für Arbeit. Während die Hartz-IV-Haushalte 2012 rund 15,5 Milliarden Euro für laufende KdU aufwenden mussten, haben die Träger von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) nur gut 14,8 Milliarden Euro anerkannt. Die Differenz mussten die Betroffenen damit faktisch aus ihrem Regelbedarfs-Budget decken. Pro Bedarfsgemeinschaft mit KdU wurden so durchschnittlich 197 Euro im Jahr – oder monatlich 16,45 Euro – nicht anerkannt. Die Differenz resultiert aus dem Umstand, dass die Kommunen, denen die Verantwortung für diesen Leistungsbereich im Rahmen des SGB II obliegt, Bedarfe für Unterkunft und Heizung nur insoweit berücksichtigen, wie diese „angemessen“ sind.